

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 22

Artikel: Der Lagerchef
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz**zum ersten halben Jahr der Ära Gorbatschow**

3

Der Lagerchef

Das kommende Treffen Gorbatschow-Reagan vom November in Genf ist Ausdruck einer dynamisierten sowjetischen Aussenpolitik. Als Voraussetzung dazu betrachtet der Parteichef ein einheitlich diszipliniertes Sowjetlager. Mit diesem Aspekt befasst sich der abschliessende Beitrag von Prof. Revesz in seiner Serie.

Die sowjetische Weltpolitik ist unter Gorbatschow in mancher Beziehung offensiver geworden, ohne dass die Zielsetzungen oder Prioritäten gross verändert worden wären.

Als Zwischenspiel erscheint im nachhinein die Periode relativer Selbstisolierung, die der Gorbatschow-Ära unmittelbar vorangegangen war. Symbol dafür waren der Olympiaboykott von 1984 einerseits und die gleichzeitig verfestigten Beziehungen zu China andererseits.

Die jetzige Linie zeichnet sich durch grössere Geschmeidigkeit aus. Das entspricht wahrscheinlich sowohl den zeitlichen Erfordernissen (zum Beispiel braucht die sowjetische Wirtschaft eben jetzt einen entgegenkommenden Westen) als auch dem Führungsstil Gorbatschows. Einen neuen aussenpolitischen Inhalt bedeutet das nicht.

Westen

In der Westbehandlung gibt es zur Hauptsache eine Kontinuität. Sie ist gegen jegliche machtmässig relevante westliche Einheit gerichtet, in ihrem Bestand und in ihrem Potential. Das atlantische Bündnis stellt keinen Westblock dar, der dem Ostblock entsprechen würde, und so sind die Ansatzstellen zur Bearbeitung gegeben. Das stärkste Gegengewicht zum Sowjetlager bilden die USA, die unter Reagan an Verteidigungswillen gewonnen haben, und sie von ihren Verbündeten zu trennen ist somit das Hauptanliegen sowjetischer Politik.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Bekämpfung des SDI-Projekts. Sie wird mit ähnlichen Kampagnen vorgenommen wie seinerzeit die Bekämpfung der Raketenauflistung in West-

europa, unter Mobilisierung der Friedensbewegung und aller geeigneten Kräfte, um in den Partnerländern der Nato öffentlich Druck auszuüben.

Das schliesst Direktverhandlungen mit den USA nicht aus, die Gorbatschow auf höchster Ebene stattfinden lässt. Was die Sowjets dabei gewinnen können, werden sie nehmen, und sonst gedenken sie ihrem Gegenspieler den Schwarzen Peter zuzuspielen, die Schuld daran, dass es mit dem Frieden nicht vorangehe. Misserfolge in materiellen Belangen lassen sich sozusagen in Stimmungssiege umwandeln, wiederum vor allem auf dem westeuropäischen Forum.

In diesem Zusammenhang ist auch die verstärkte sowjetische Öffnung Richtung westliche Sozialdemokratie und die Sozialistische Internationale zu sehen, die unter Gorbatschow zu beobachten ist. Hier hat die sowjetische Politik unzweifelhafte Erfolge aufzuweisen, denn was immer die Annäherung sonst mit sich bringt, entwickelt sie sich der sowjetischen Linie gemäss, Westeuropa den USA zu entfremden.

Kurz nach seinem Machtantritt führte Gorbatschow schon Verhandlungen mit Willy Brandt mit folgendem Fazit: «Es ergab sich eine gemeinsame Position von KPdSU und SPD in Grundsatzfragen der gegenwärtigen Lage wie die Verhinderung der Weltraummilitarisierung. (...) Die Positionen beider Parteien hinsichtlich Sicherheitsgarantie für Europa und Rückkehr zur Entspannung sind einander nahe oder ähnlich.» («Prawda», 31. 3. 1985)

Am 10. September empfing Gorbatschow den SPD-Vizepräsidenten Johannes Rau, der betonte, seine Partei sehe die Sicherheitsgarantie

in Europa im Rahmen einer Ost-West-Partnerschaft, sie heisse den sowjetischen Entscheid über ein Kernwaffenmoratorium gut und unterstütze aktiv alle Vorschläge, deren Ziel die Verhinderung der Weltraummilitarisierung sei. Es besteht kein Zweifel daran, dass Gorbatschow zumindest bei der SPD gepunktet hat (siehe unsern Beitrag über die Ostpolitik der SPD, Seite 2).

Diesen Herbst fand in Wien eine Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale statt. An ihr nahm eine sowjetische Delegation teil, geleitet von «Partei-Aussenminister» (Vorsitzender der ZK-Abteilung für internationale Politik) Boris Ponomarjow. Er vermerkte eine günstige Tendenz: «Durch gemeinsame Anstrengungen lassen sich auf der internationalen Ebene grundsätzliche Änderungen erreichen. (...) Aus den Dokumenten und zahlreichen Voten dieser Konferenz ergeben sich neue Möglichkeiten zu gemeinsamen oder parallelen Aktionen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Parteien.» («Prawda», 18. 10. 1985)

Natürlich ist das die Darstellung der sowjetischen Seite. Aber gibt es eine Gegendarstellung der andern Seite?

Verbündete Drittweltstaaten

In der Dritten Welt ist in einigen Fällen ein verstärktes sowjetisches Engagement dort zu beobachten, wo sowjetfreundliche Regimes durch eine Aufstandsbewegung bedroht oder angefochten sind. Im südlichen Afrika und in Südostasien hatte es zuvor den Anschein gehabt, das Sowjetimperium müsse gewissen Überdehnungserscheinungen seinen Tribut zahlen und finde den Einsatz für wirtschaftlich unergiebig Länder nicht mehr so lohnend.

Die neuere sowjetische Politik widerspricht dieser Diagnose, die von entsprechenden Prognosen begleitet war. Das bedrängte Moçambique erhält zusätzlich militärische Hilfe aus dem Sowjetlager und kann seinen Kampf gegen die Renamo-Guerilla verstärkt wieder aufnehmen. In Angola konnte das MPLA-Regime diesen Herbst zu einer Grossoffensive gegen die aufständische Unita ausholen, dank Verstärkung aus dem Sowjetlager.

Nimmt man das zusammen mit der Lage in Südafrika, wo sich das Apartheidregime national wie international an die Wand gedrängt sieht, so hat sich das Bild im südlichen Teil des Kontinents zugunsten der Sowjets verändert. Sie halten Positionen, die zuvor als halbwegs aufgegeben galten, nunmehr wieder fester in den Händen, und sie haben auf die südafrikanische Erbschaft bessere Aussicht als je.

In Nicaragua ist die sowjetische Unterstützung mittelbar (via Kuba) und unmittelbar sowohl grösser als auch deklariert worden. Das Land soll als Konfrontationsfaktor ausgebaut werden, und die Beschwichtigungsoption, der sich Moskau letztes Jahr nicht verschliessen wollte, ist entsprechend zurückgestellt. Dazu passt, dass sich die Sowjetunion weit unver-

blühter hinter die kubanische Militanz stellt als zuvor.

In Kambodscha sah sich das sowjetisch unterstützte Vietnam in der Lage, mit Grossaktionen gegen die verschiedenen Partisanenbewegungen vorzugehen und grössere Siege zu erringen. Hierzu ist freilich anzumerken, dass diese Flurbereinigung schon kurz vor dem Machtantritt Gorbatschows in Gang gebracht wurde; man darf die neueren Aspekte der sowjetischen Politik nicht zu ausschliesslich personalisieren.

Osteuropa

Ein gewisses Zwielflicht liegt noch immer auf dem sowjetischen Verhältnis zum Ostblock. Die blockinternen Fragen gehören bei der sowjetischen Massgeblichkeit schon fast zur Innenpolitik, aber sie haben ihre aussenpolitische Wichtigkeit. Je disziplinierter Osteuropa ist, desto flexibler kann die Sowjetunion nach aussen auftreten, weil sie keine aufweichenden Tauwettererscheinungen im eigenen Lager zu befürchten hat.

In dieser Hinsicht ist es interessant, wie Moskau die osteuropäischen Reformvarianten behandelt, auch wenn sie «nur» die Wirtschaft betreffen. Und hier zeigt es sich, dass die Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern in der Sowjetunion noch nicht fertig ausgetragen ist, was auch in veröffentlichter Form zum Ausdruck kommt. Es ist nicht so, dass die Verfechter gegenteiliger Thesen erklärterweise gegeneinander polemisieren, aber man räumt ihnen separat die Möglichkeit zur Darlegung ihrer Position ein, so dass eine indirekte Debatte vor sich geht.

An sich sind die jeweiligen Positionen klar abgetrennt und machen den Eindruck völliger Unvereinbarkeit, wenn man sie auf die einfachste Formel bringt.

Die Gegner der osteuropäischen Reformen sind zugleich die Befürworter eines sozialistischen Einheitsmodells nach sowjetischem Muster. Das meinen sie keineswegs nur als wirtschaftliche Frage, sondern auch als politische und grundsatzpolitische Frage. Wer das nicht einsieht, ist nach ihrer Meinung entweder selbst ein Feind des Sozialismus oder aber ein unbewusstes Werkzeug in den Händen der imperialistischen Feinde.

Was die Gegner der osteuropäischen Reformen wollen, ist also letztlich eine tüchtige Resowje-

tisierung Osteuropas. In dieser Hinsicht handelt es sich also nicht einfach um Kräfte, die sich gegen Neuerungen sperren, sondern durchaus um Aktivisten, welche sehr erhebliche Veränderungen einleiten wollen. Nach ihren Vorstellungen muss der Status quo in Osteuropa abgeändert werden. Das ist kein defensives Sträuben, sondern ein offensives Vorhaben.

Demgegenüber präsentieren die Befürworter osteuropäischer Reformen die ausgesprochen entpolitisierte These, dass die sozialistischen Bruderländer verschiedene Wirtschaftsmechanismen entwickelt hätten, die den nationalen Gegebenheiten angepasst seien. Darüber hinaus sei zu prüfen, wieweit man sich ihre Erfahrungen für die eigene Entwicklung wirksamerer Wirtschaftsmechanismen zunutze machen könne.

Die harte Linie hatte in weicherer Formulierung das ZK-Märzplenum eingeschlagen, bei welchem Gorbatschow selbst so etwas wie eine Neuausgabe der sogenannten Breschnew-Doktrin (von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Souveränität) antönte, als er die «selbstverständliche» Pflicht zur unbedingten sozialistischen Solidarität hervorhob und sagte: «Das erste Gebot von Partei und Staat ist es, die brüderliche Freundschaft mit unsern nächsten Kampfgefährten und Verbündeten, den Ländern der grossen Gemeinschaft, zu hüten und in allen Belangen zu festigen. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Zusammenarbeit aufzubauen.» (...)

Diese und ähnliche Wendungen (auch am April-Plenum) haben das Gewicht von direkten Führungsaussagen, bleiben aber einigermassen ominös und interpretierbar. Indessen hat es auch eine zentrale Äusserung gegeben, welche die «harte Linie» in einem Klartext wiedergab, der in seiner Schrofheit verblüffte. Das war der grosse «Prawda»-Artikel vom 21. Juni, in welchem alle osteuropäischen Eigentümlichkeiten innenpolitischer oder wirtschaftspolitischer Natur als Feindeswerk hingestellt wurden, in einer Art, die man bis vor kurzem noch für unmöglich gehalten haben würde (siehe dazu ZeitBild Nr. 14/1985).

Als Machenschaft der Imperialisten bezeichnete der Autor (O. Wladimirow für das ZK?) die Bemühung, «... das Bündnis der Bruderländer zu schwächen, sie von der Sowjetunion zu trennen und sogar ihre gesellschaftliche Ordnung durch innere Erosion zu verändern».

Damit waren Normabweichungen in Osteuropa auf eine kaum noch indirekt zu nennende Art als imperialistischer Ausfluss charakterisiert; stalinistische Häretikerschelte in Reinkultur.

Der Direktbezug war nicht viel zurückhaltender: «Es wäre falsch, die Augen vor den bestehenden Problemen zu verschliessen. Es gibt (in Osteuropa) revisionistische und nationalistische Ansichten. Die Stabilität dieser Ansichten ist in vielen Belangen mit den Aktionen der imperialistischen Propagandazentren verbunden, welche ihre Radio- und Fernsehsendungen gegen die sozialistischen Länder richten.»

Das sind ohne namentliche Kennzeichnung der Adressaten die gleichen Vorwürfe, welche die Sowjetunion 1968 vor ihrem Einmarsch in die CSSR an die Adresse der Tschechoslowaken gerichtet hatte.

Viel weniger klar als dieses Verdammungsurteil ist sein repräsentatives Gewicht. In der Folge liess man in der sowjetischen Presse osteuropäische Politiker zu Wort kommen, welche die jeweiligen eigenen Wege (in unpolitischen Belangen) loben durften, und auch sowjetische Autoren aus akademischen Kreisen beschrieben als wünschenswerte «neue Mechanismen» (der Ausdruck ist unverfänglich, weil ihn auch Gorbatschow selbst verwendet) einige Veränderungen, die tatsächlich in Osteuropa schon erprobt worden sind.

Der «Prawda»-Artikel vom 21. Juni seinerseits blieb nur in seinem Ton ein Einzelfall; inhaltlich wurde in den zentralen sowjetischen Medien verschiedentlich nachgedoppelt, so dass jede «Ausrutschtheorie» höchstens formbezogen sein kann.

Mittelkurs wo?

Gibt es also in der Sowjetunion eine osteuropa-bezügliche Debatte, bei welcher «Für» und «Wider» einander aufheben?

Nein, die «harte Linie» hat eine ungleich stärkere Verankerung im zentralen Apparat als die indirekten Gegenstimmen. Es trifft zu, dass zum Beispiel am 25. September auch ein Tass-Bericht die Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten bei den Bruderländern durch die UdSSR versprach, aber das sind Minimalfloskeln, wie sie schon die CSSR-Invasion von 1968 begleiteten.

Eine andere Überlegung kommt hinzu: Wo liegt der Kompromiss? Von zwei Schulen verlangt die eine nichts weniger als eine osteuropäische Normalisierung nach sowjetischem Zuschnitt, während die andere die osteuropäischen Modelle bloss weiterhin gelten lassen will. Alle dazwischenliegenden Möglichkeiten bedeuten also eine Veränderung des osteuropäischen Status quo in Richtung vermehrte Disziplinierung. Als Summe ergibt sich, dass die Sowjetführung den Ostblock wieder fester vernageln will. Gorbatschow tritt als Lagerchef auf.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's